



Von dem Verein „Grüne Alte“ zu einem Bundesverband

Grüne Altenpolitik muss innerhalb von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sichtbar werden!

ENTWURF

<u>DIE „GRÜNEN ALTEN“ AUF DEM WEG ZU EINEM BUNDESVERBAND ALS TEILORGANISATION DER GRÜNEN.....</u>	4
Wie alles begann und wer wir sind.....	4
<u>VERÄNDERUNGEN.....</u>	5
Alt sein heißt... Ein Vorwort.....	5
<u>UNSERE INHALTE.....</u>	7
Age-friendly Cities.....	7
Leben und älter werden in ländlichen Gebieten.....	8
Teilhabe und gesellschaftliches Engagement.....	8
Corona.....	9
Digitalisierung.....	9
Feminismus.....	10
Gesundheit und Pflege.....	10
Hilfen für Armut im Alter.....	11
Individualität.....	12
Jung und Alt – gemeinsam.....	12
Klimaschutz und Artenvielfalt – ein Kernanliegen für Jung und Alt.....	12
LGBTQ und Feminismus.....	13
Mobilität.....	14
Kultur.....	14
Renten, Altersarmut und Arbeiten im Alter.....	15
Sexualität im Alter.....	16
Teilhabe – verbrieftes Recht oder gnädige Geste?.....	16
Unter uns und mitten drin, alt in der Familie.....	17
Verkehr.....	17
Wohnen.....	18
Zusammenhalt.....	19
<u>UNSERE ANLIEGEN IN STICHPUNKTEN.....</u>	20
<u>UNSERE VISION EINES BUNDESVERBANDS.....</u>	23
Unser Weg hin zu einer Teilorganisation von Bündnis 90/Die Grünen.....	23

Die „Grünen Alten“ auf dem Weg zu einem Bundesverband als Teilorganisation der Grünen

Wie alles begann und wer wir sind...

Im Jahr 2004 wurden die „Grünen Alten“ in Berlin gegründet. Viele Parteimitglieder finden diesen Namen in Anlehnung an die Grüne Jugend gut und richtig. Anderen gefällt der Name nicht. Sie wollen sich nicht auf



das Merkmal „alt“ reduzieren lassen. Mit der angestrebten Gründung des neuen Bundesverbandes als Teilorganisation von Bündnis 90/Die Grünen ist diese Diskussion neu eröffnet. Der Verein „Grüne Alte“ strebt an, ab 2023 als Bundesverband eine Teilorganisation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu werden. Die „Grünen Alten“ sind derzeit ein eigenständiger, unabhängiger Verein. Wir stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nahe, üben aber Kritik, wenn wir der Meinung sind, dass die Anliegen alter Menschen nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Deshalb nehmen wir in Ausnahmefällen andere inhaltliche Positionen ein.

Wir machen Politik für alte Menschen und setzen uns für eine soziale, ökologische, demokratische und gewaltfreie Welt ein - ohne den Spaß am Leben zu vergessen. Für unsere Inhalte und Forderungen kämpfen wir innerhalb und außerhalb der Grünen Partei.

Bei alledem sehen wir uns in großer Übereinstimmung mit Zielsetzungen der Grünen Jugend. Gedanken aus dem Programm der Grünen Jugend sind deshalb in diesen Entwurf eines Gründungsprogramms für den künftigen Bundesverband eingeflossen.

Veränderungen

Alt sein heißt... Ein Vorwort

Noch vor 30 Jahren galten 65-jährige Menschen als „alt“. Kurz vor oder nach dem 60. Geburtstag wurde man mit einem mehr oder weniger goldenen Handschlag aus dem Berufsleben verabschiedet. Die neuen Zeiten brauchten neue Kräfte mit neuen Ideen. Jugend schien der Garant für Fortschritt.

Wer mit 63 oder 65 Jahren in Rente ging, hatte dann im Durchschnitt noch ca. 3-6 Jahre im Ruhestand. Nicht immer wurde der Lebensabend tatsächlich genossen, sondern oft auch gekränkt in dem Gefühl verbracht, nicht mehr gebraucht zu werden.

„War 1952 die Hälfte der gestorbenen Männer jünger als 68 Jahre und die Hälfte der gestorbenen Frauen jünger als 71 Jahre, so liegen diese Werte heute bei den Männern bei gut 79 und bei den Frauen bei knapp 85 Jahren.“ (Vgl.: BiB-Fakten, Medianalter der Gestorbenen in Deutschland 1952-2019) Unsere Lebenserwartung ist damit um 10-15 Jahre gestiegen. Nunmehr sind es nicht mehr nur 3-6 Jahre, die nach der Rente /Pension zur Verfügung stehen, sondern oft 15-20 Jahre. Für viele ältere Menschen ein viel zu langer Lebensabschnitt, um ihn ohne Aufgabe und jenseits gesellschaftlicher Teilhabe zu verbringen.

Die heutige Generation alter Menschen verfügt neben ihrer reichen Lebenserfahrung über eine höhere berufliche Qualifikation und eine breitere Basis an Kenntnissen als ihre Vorgänger. Im Schnitt sind die heutigen „Alten“ gesünder, die meisten haben keinen Krieg in ihrem Leben erlebt, sie haben mehr von der Welt gesehen als frühere Generationen und haben auch andere Ansprüche an sich und ihre Umwelt. Viele von ihnen engagieren sich gesellschaftlich und unterstützen z.B. die Familien ihrer Kinder, geben Nachhilfe, betreuen Geflüchtete, Menschen ohne Obdach, Kranke und Pflegebedürftige oder helfen bei den Tafeln.

Dieser Wandel und seine Folgen sind allerdings nur zum Teil im öffentlichen Bewusstsein angekommen. Die Altersbilder in den Köpfen sind allzu oft noch geprägt von „den Alten“ von vor 30 Jahren.

Corona hat diese überkommene Vorstellung neu belebt, indem alte Menschen überwiegend als hilfsbedürftig, krank und unmündig dargestellt und wahrgenommen wurden.

Es gibt für die Generation der heutigen Alten viele konkrete Fragen, Unstimmigkeiten, Ärgernisse, Herausforderungen und Hürden, die wir angehen und für die wir Lösungen finden müssen. Vor allem ist es überfällig, dass die aktuellen Themen der älteren Generation auch in unserer Grünen Partei stärkere Beachtung finden.

Die Grüne Jugend hat Wege und Mittel gefunden, ihre Zielgruppe in den sozialen Medien, im Rahmen jugendgerechter Veranstaltungen, an Orten wie Schulen oder Universitäten mit den richtigen Kampagnen und Konzepten anzusprechen und die Themen entsprechend aufzubereiten.

Hier haben wir noch eine große Aufgabe vor uns. Es gilt, auch innerhalb der Grünen Partei den richtigen Ton zu treffen und die richtigen Themen aufzugreifen, um die ältere Generation, die „60plusser*innen“, zu erreichen und sie zum Engagement für ihre Interessen zu ermutigen. Um die Belange und Forderungen für ein gutes Leben im Alter über den künftigen Bundesverband in die Grüne Politik einzubringen und dafür zu sorgen, dass sie Beachtung finden und umgesetzt werden, muss es uns gelingen, geeignete Kanäle und Formate zu entwickeln.

Die vorliegende Themenbroschüre wird immer eine Art Entwurf bleiben, ein Projekt im Werden. Wir wollen die Broschüre fortlaufend anpassen, Neues aufnehmen und Überkommenes vielleicht auch einmal entfernen. Die inhaltlichen Diskussionen führen wir auf unserer Internetseite. Dort gibt es einen Bereich, in dem wir Beiträge einstellen, die die Debatte anregen und neue Aspekte aufgreifen. Wir laden dazu ein, an den Diskussionen teilzunehmen, sich einzumischen und Standpunkte auszutauschen! Wenn Sie also ein neues Thema haben, das Eingang in die Broschüre finden soll, oder eine Anmerkung zu einem bereits dargestellten Sachgebiet haben, schicken Sie uns eine Mail - wir freuen uns über rege Beteiligung!

Christa Markl-Vieto und Dirk Schmidtman
für den Vorstand der Grünen Alten

September 2022

Unsere Inhalte



Age-friendly Cities

„Age-friendly Cities and Communities (AFC) bezeichnet eine Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Ziel ist die Schaffung eines weltweiten Netzwerks von Städten und Gemeinden, die eine altersfreundliche Gestaltung anstreben. Dieser weltweite Austausch von Ideen, Fragen und Beispielen aus der Praxis soll helfen, das direkte Wohnumfeld der Bürgerinnen und Bürger gemäß demografischer Herausforderungen zu gestalten. Die Ergebnisse dienen allen Generationen.“ (Age-friendly Cities-Homepage).

Wir als Grüne Alte unterstützen die Initiative „Age-friendly Cities and Communities“. Über 1300 Städte, Bezirke und Gemeinden haben sich bereits dem Netzwerk angeschlossen, um über den Austausch von Best-Practice-Beispielen voneinander zu lernen.

Die Praxis-Beispiele sind vielfältig und betreffen alle Lebensbereiche: Altersfreundlich gestaltete, moderne Quartiers- und Pflegekonzepte, analoge und digitale Begegnungsstätten, eine gute Nahversorgung oder Möglichkeiten für gesellschaftliches Engagement, Mobilität mit Ruf-Bussen, getrennte Rad- und Fußwege mit guter Beleuchtung, ausreichend Bänke, Quartiersplanung mit barrierearmen Wohnungen, digital ausgestattete Begegnungsstätten für alle Generationen, leicht erreichbare Nahversorgung und ausreichend Toiletten, digitale und analoge Teilhabe oder die Gründung eines Seniorenbeirates.

Wer dem Netzwerk beitreten möchte, verpflichtet sich, Fortschritte in Sachen Altersfreundlichkeit erzielen zu wollen. Kosten entstehen nur für die konkreten Projekte vor Ort.

Die Initiative ist ein Gewinn für alle: Altersfreundliche Städte und Gemeinden erleichtern das Leben nicht nur der Älteren, sondern Menschen jeden Alters und Menschen mit oder ohne Einschränkungen.

Leben und älter werden in ländlichen Gebieten

Vieles in der Politik wird aus Sicht von Städten gedacht. Das Leben im ländlichen Raum unterscheidet sich jedoch in vieler Hinsicht vom Alltag in der Stadt. Die Entfernungen, das Angebot für den täglichen Bedarf, der Umgang mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die Kultur, die Betreuung von Alt und Jung, die Wege zur Arbeit, das Zusammenleben von Generationen – all das weist große Unterschiede auf.

Wir wünschen uns mehr politische Konzepte für den ländlichen Raum! Was für die Großstadt gut ist, muss nicht für Kleinstädte und Dörfer geeignet sein. Eine stärkere Beteiligung der kommunalen Ebenen bei Projekten, die alte Menschen betreffen, und mehr Aufmerksamkeit für die Bedarfe und Ideen von Älteren sind gefragt.

Teilhabe und gesellschaftliches Engagement

Stabile Kontakte, sinnvolle Aufgaben und das Gefühl, gebraucht zu werden, all das ist in jedem Alter wichtig. Immer mehr ältere Menschen entdecken deshalb das Ehrenamt für sich. So war es beispielsweise in der Corona-Zeit zahlreichen Tafeln nicht möglich, die Lebensmittelverteilung aufrechtzuerhalten, weil so viele Ältere ausfielen. Insbesondere die Generation 60 plus engagiert sich



heute viel stärker als noch vor 20 Jahren. Und alle, die es wollen, sollten auch ein Ehrenamt ausüben können.

Ehrenamtliche Arbeit von aktiven Senior*innen wird immer wieder hoch gelobt, findet allerdings keine entsprechende Würdigung. Aufwandsentschädigungen in gesetzlich vorgeschriebenen Seniorenvertretungen oder ähnlichen Gremien werden nicht finanziert und es stehen keine Mittel für

Projekte zur Verfügung. Gerne wird die ehrenamtliche Arbeit angenommen, soll aber möglichst keine Kosten verursachen. Oft ist dieses Engagement aber mit finanziellem Aufwand verbunden, z.B. für ein ÖPNV-Ticket oder kleine Präsente. Wir unterstützen die Einführung einer sogenannten „Ehrenamts-Karte“, mit deren Hilfe Angebote öffentlicher, gemeinnütziger und privater Einrichtungen vergünstigt genutzt werden können.

Corona

Corona hat uns vor große Herausforderungen gestellt. Alte Menschen haben zu Beginn der Pandemie viele Einschränkungen erfahren und waren besonders betroffen. Viele mussten ihre Erkrankungen ohne ihre Familien oder Freund*innen überstehen. Diejenigen, die in diesen Zeiten verstorben sind, waren allein, ohne ihre Angehörigen.

Wir müssen davon ausgehen, dass es in Zukunft weitere Pandemien geben wird. Darauf sollten wir deutlich besser als bisher vorbereitet sein. Wir müssen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen im Alter anders, z.B. in kleineren Pflegewohngemeinschaften leben können und dort besser geschützt sind. Es darf nie wieder passieren, dass ältere Menschen in den Heimen schlicht weggeschlossen werden.

Digitalisierung

Vieles in unserem Alltag findet heute digital statt. Ohne Computer, Laptop oder auch nur Mobiltelefon ist ein Mensch heute von vielen Informationen, Angeboten und Kommunikationsmöglichkeiten ausgeschlossen.

Ein Teil der alten Menschen ist nicht ausreichend mit den neuen Medien vertraut oder hat auch niemanden, der Ihnen behilflich ist und sie schult. Damit ist ein Defizit an Information und Kommunikation vorprogrammiert.

Mehr und bessere Schulungsangebote sind deshalb dringend erforderlich. Es werden mehr altengerechte Angebote in den Seniorenfreizeiteinrichtungen oder an der VHS gebraucht.

Einsamkeit

Das Thema Einsamkeit nimmt an Bedeutung zu und betrifft als Folge von sozialer Ausgrenzung, Digitalisierung, Flucht, Krankheit oder Obdachlosigkeit alle Generationen. Krisen wie Corona oder Kriege verstärken diese Entwicklung. Viele Menschen sind gern allein - aber eine unfreiwillige soziale Isolation belastet. So haben sich vor allem Heimbewohner*innen während des Lockdowns sehr einsam



gefühl. Hochaltrigen fällt es besonders schwer, einen Ausweg aus der Isolation zu finden, zumal wenn beispielsweise persönliche Schicksalsschläge oder Altersarmut dazukommen. Das wiederum hat Folgen für die Gesundheit, das Risiko für Herz-Kreislaufkrankungen steigt und Demenz-Erkrankungen nehmen zu.

Wir wollen deshalb das Thema „Einsamkeit“ aus der Tabuzone holen und nach Auswegen suchen. Zum Beispiel mit neuen Quartierskonzepten. Wir brauchen mehr Treffpunkte, die fußläufig zu erreichen sind und die Menschen in Kontakt bringen sowie digitale Plattformen zur Vernetzung. Regelmäßige Hausbesuche können helfen und Vereine wie Silbernetz e.V. müssen unterstützt werden.

Feminismus

Feminismus im Alter ist ein Thema, das durchaus öffentliche Beachtung findet. Es gibt sie, die alten, aktiven, einflussreichen und kreativen Frauen. Sie wirken in die Gesellschaft hinein und gestalten sie mit. Leider erreichen sie oft nicht die große Mehrheit der älteren Frauen im Alltag. Es gibt zu wenig Gelegenheiten, bei denen ein Erfahrungsaustausch auch mit jungen Frauen stattfinden kann, und zu wenig Gelegenheiten für Diskussionen und Aktivitäten.

Der Frauenanteil in den Parlamenten ist geringer als der von Männern. Verschwindend gering ist der Anteil älterer Frauen in Parlamenten. Wir unterstützen deshalb die Forderung nach weiteren Paritätsgesetzen auf Landes- und Bundesebene.

Gesundheit und Pflege

Für alte Menschen ist das Thema Gesundheit nicht nur in Zeiten von Pandemien von zentraler Bedeutung. Alte Menschen haben oft gesundheitliche Einschränkungen im Alltag, sind häufiger krank

und auf Hilfe oder gar auf dauerhafte Pflege angewiesen. Wir brauchen neue ambulante Pflegemodelle, die auf nachbarschaftliche Unterstützung setzen, Gesundheitszentren und neue Berufsbilder wie die Community Health Nurse. Das Vorhaben der Bundesregierung, in sozial benachteiligten Regionen sogenannte Gesundheitskioske für eine bessere medizinische Versorgung einzurichten, unterstützen wir ausdrücklich.

Besondere Bedeutung könnte auch die Weiterentwicklung und flächendeckende Einführung der digitalen Pflege und der digitalen Gesundheitsakte bekommen, weil sie u.a. alten Menschen Kontakte



und die Weitergabe von wichtigen Informationen erlauben. Die überwiegende Mehrheit kranker alter Menschen möchte zuhause wohnen bleiben. Dafür müssen wir die Bedingungen schaffen.

Insgesamt sind die Themen Krankenhaus, ambulante Versorgung und Pflege für viele alte Menschen eine große Herausforderung. Pflegenotstände, wenig Zeit für Patient*innen im ambulanten

Bereich und eine durch die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens unter Druck geratene Ärzteschaft betreffen alle Menschen, vulnerable Gruppen in der Bevölkerung wie beeinträchtigte Menschen und Kinder jedoch in besonderem Maße.

Es wird derzeit viel über moderne Pflegekonzepte gesprochen, jedoch noch viel zu wenig davon umgesetzt. Die drängenden Probleme in puncto Arbeitsbelastung und Personalbemessung dauern fort.

Die Etablierung von kultursensibler Pflege und Pflege von queeren Menschen fehlt meist in größeren Pflegediensten und Pflegeheimen und ist häufig auch nicht Bestandteil der Qualitäts- und Organisationsentwicklung. Sie setzt eine systematische Qualifizierung des Personals voraus, die jedoch zu wenig stattfindet. Eine kultursensible Professionalisierung der Kranken- und Altenpflege ist aufwändig; die dafür nötigen Ressourcen müssten rechtzeitig in der Regelfinanzierung mit eingeplant werden.

Pflegenden Angehörigen gebührt deutlich mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung. Sie leisten eine wichtige und gesellschaftlich relevante Arbeit und werden mit den Belastungen und Herausforderungen, die sich daraus ergeben, weitgehend allein gelassen.

Hilfen für Armut im Alter

Viele alte Menschen leben in Armut oder gar in Obdachlosigkeit. Eine Situation, die sich durch steigende Preise für Energie und Lebenshaltung weiter verschärfen wird, in einem so reichen Land wie Deutschland nicht hinnehmbar ist. Armut führt u.a. zu Depressionen, gesundheitlichen Problemen und

Ausgrenzung. Menschen, die in Armut oder Obdachlosigkeit leben, verlieren den Kontakt zu ihren Familien und Mitmenschen. Ein würdevolles Leben ist in unserer konsumorientierten und immer stärker kommerzialisierten Gesellschaft ohne ausreichende finanzielle Mittel kaum noch möglich. Hier braucht es vehemente Anstrengungen und Konzepte, um ein Leben in Armut für Familien und alte Menschen zu verhindern.

Individualität

Es gibt sie nicht, DIE Alten. Alte Menschen möchten nicht als eine in sich einheitliche Gruppe gesehen und behandelt werden. Politik muss durch vielfältige und differenzierte Konzepte passgenaue Lösungen verwirklichen, die es alten Menschen ermöglichen, ihr Leben individuell zu gestalten.

Jung und Alt – gemeinsam

Der „Abstand“ im Alltag zwischen Alt und Jung ist an vielen Stellen sehr groß geworden. Häufig sind die einzelnen Mitglieder der Familien beruflich bedingt in unterschiedlichen Regionen zu Hause. Der Kontakt zwischen den Generationen wird in solchen Fällen oft auf ein machbares Minimum reduziert.



Alte und junge Menschen verlieren sich aus den Augen, sie treffen im Alltag nicht mehr automatisch aufeinander. Eine Folge davon ist, dass die jeweiligen Lebensweisen nicht mehr kommuniziert und verstanden werden. Diskussionen und Auseinandersetzungen über Werte, Interessen und Lebensweisen finden nicht mehr in ausreichendem Maße statt. Man versteht, unterstützt und sieht sich einfach nicht mehr häufig genug, um miteinander auf dem Laufenden zu sein. Wir brauchen generationsübergreifende Treffpunkte, an denen sich die Menschen aller Generationen zwanglos, aber nicht belanglos treffen können.

Klimaschutz und Artenvielfalt – ein Kernanliegen für Jung und Alt

Ältere Menschen erfahren schon heute die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels, z. B. bei Hitzewellen. Besonders gefährdet sind alleinlebende Ältere mit Mobilitätseinschränkungen, ungünstiger Wohnsituation, bestimmten Vorerkrankungen und Pflegebedarf. Aber auch gesunde Ältere spüren den Verlust an Lebensqualität durch die klimatischen Veränderungen und Phänomene wie das Waldsterben.

Viele von uns sind schon in jungen Jahren für Umweltschutz und den Erhalt von Natur und Artenvielfalt eingetreten. In den 80er Jahren standen die Risiken der Kernkraft, die Verschmutzung von Luft und Gewässern sowie die Flächenversiegelung im Mittelpunkt. Die Generation der jetzt alten Menschen hat sich für Umweltschutzgebiete und gegen Zersiedelung eingesetzt, um ein Aussterben von Tier- und Pflanzenarten zu verhindern. Das Umweltbewusstsein ist heute gewachsen, auch durch den Einfluss der



Grünen Partei. Einzelne Probleme (Ozonloch, wilde Mülldeponien, Waldsterben) schienen damals durch technischen Umweltschutz lösbar. Doch inzwischen haben uns die Probleme in vielen Sektoren wieder eingeholt, insbesondere die bedrohliche Erderhitzung, aber auch die Vermüllung der Meere und das Artensterben.

Daher steht die ältere Generation oftmals Seite an Seite mit der Jugend bei „Fridays for Future“ und setzt sich dafür ein, dass die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Erderwärmung zu stoppen und das Artensterben aufzuhalten. Sie unterstützt alle Maßnahmen, die helfen, die Folgen des Klimawandels zu mildern, insbesondere Hitzeaktionspläne, Begrünung der Städte, Flächenentsiegelung oder Pflanzaktionen.

Auch Älteren muss ermöglicht werden, sich klimagerecht zu verhalten. Deshalb sollten sie durch sozialpolitische Maßnahmen und finanzielle Hilfen unterstützt werden, ihren CO₂-Verbrauch zu reduzieren, z. B. beim Heizen und bei der Mobilität.

Alte Menschen, die noch aus eigener Erfahrung wissen, wie eine intakte Umwelt aussieht und sich anfühlt, möchten ihren Kindern und Enkeln wieder eine ähnlich gute Lebensqualität ermöglichen. Der Niedergang intakter Natur kann und muss aufgehalten werden, das sind wir den kommenden Generationen schuldig. Deshalb wird sich der künftige Bundesverband für konsequenten Klimaschutz einsetzen.

LGBTQ und Feminismus

Viele Menschen, die homosexuell, bisexuell oder transgender leben möchten, können dies aus Angst vor Diskriminierung auch heute noch nicht offen tun. Auch wenn Diversität in vielen Bereichen zur Normalität geworden ist, so ist doch das Thema Vereinsamung für viele LGBTQ- Menschen immer noch problematisch. Besonders im Alter ist es schwer, Lebenspartner*innen zu finden.

Es braucht mehr Treffpunkte, die mit dem Thema LGBTQ offen umgehen. Für viele Betroffene ist es z.B. schwierig, wenn sie nach der Familie, nach Kindern gefragt werden. Einrichtungen wie Heime oder

Freizeitstätten, die Regenbogenfahnen hissen, sind wichtige, entlastende Signale in Richtung der LGBTQ-Gemeinde.

Bei pflegebedürftigen alten Menschen, die homosexuell, bisexuell oder transgender leben, sollten die betreuenden Pfleger*innen darüber Bescheid wissen, denn es gibt bereits entsprechend spezialisierte Pflegekonzepte.

Mobilität

Die Erreichbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel, z.B. in Außenbezirken oder im ländlichen Raum durch Ruf-Busse, ist für alte Menschen von herausragender Bedeutung.

Gleiches gilt für eine barrierefreie Einstiegsmöglichkeit mit Niederflurtechnik zur Absenkung des Einstiegs an der Haltestelle, damit gehbehinderte Personen sowie Menschen mit Rollator, Rollstuhl, aber auch mit Kinderwagen, ohne fremde Hilfe ein- und aussteigen können.

Genügend große Monitore mit Infos über Haltestellen, Streckenführung, Umsteige- und Anschlussmöglichkeiten sind eine weitere Forderung. Attraktiv wäre es, wenn Monitore im Wechsel auch aktuelle Nachrichten zeigen und akustische Infos über Haltestellen informieren.

Auch eine ausreichend große Zahl von Bänken im öffentlichen Raum erhöht die Mobilität. Besonders Menschen im hohen Alter sind in ihrem Bewegungsradius eingeschränkt. Wenn sie weiterhin ein selbstständiges Leben führen wollen, brauchen sie Bänke für Verschnaufpausen, um die Arztpraxis, den Lebensmittelladen oder die Post fußläufig zu erreichen.

Kultur

Wer sein Leben lang Interesse an Kultur hatte, möchte diesem Interesse auch im Alter nachgehen. Aber viele alte Menschen können sich Besuche in Kultur und Kunsteinrichtungen nicht mehr leisten und die



Formalitäten für eine Vergünstigung sind oftmals sehr aufwändig und schließen den spontanen Besuch von Kulturveranstaltungen aus. Wir wünschen uns ermäßigte Preise oder freien Eintritt zu kulturellen Veranstaltungen und insbesondere auch umfassende Barrierefreiheit in den Veranstaltungsgebäuden.

Pflegeeinrichtungen – Ertragsorientierung oder Daseinsvorsorge...

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland steigt von Jahr zu Jahr, zuletzt auf über 4 Millionen Menschen. Der größte Teil von ihnen sind ältere Menschen. Viele werden zu Hause gepflegt, z. T. mit



Unterstützung von ambulanten Pflegeunternehmen. Der Rest verteilt sich auf 15.380 Pflegeheime mit knapp 1 Million Plätzen in stationären Pflegeeinrichtungen. In beiden Feldern hält der Trend zur Privatisierung ungebrochen an. Waren vor 20 Jahren in der stationären Pflege noch 12 % der Altenheime in kommunaler Trägerschaft, sind es 2019 nur noch 4,5 %. Der Anteil der privaten

Träger stationärer Pflegeeinrichtungen hat sich in 20 Jahren mehr als verdoppelt. Bei den ambulanten Pflegeeinrichtungen sind nur noch 2 % in öffentlicher Trägerschaft. Der Anteil der privaten Träger in der ambulanten Pflege ist auf 64 % gestiegen. Dieser Trend sollte umgedreht werden.

Treiber für diese Entwicklung sind Gewinnmöglichkeiten von privaten Trägern von bis zu 14 % Rendite im Jahr. Dies schafft Anreize für nationale und internationale privatwirtschaftliche Unternehmen, in diesen Markt einzusteigen. Die privaten Träger unterlaufen häufig tarifliche Standards, die bei öffentlichen Trägern eingehalten werden. Dies trägt zum Rückgang der Attraktivität des Pflegeberufes bei und setzt eine Abwärtsspirale in Sachen Qualität der Pflege für die betreuten Menschen in Gang, die aus unserer Sicht unbedingt gestoppt werden muss.

Alternative Angebote wie das betreute Wohnen bzw. das Service-Wohnen wie es mancherorts genannt wird, die darauf abzielen, die größtmögliche Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der älteren Menschen zu erhalten, werden nicht in ausreichendem Maße in kommunaler Trägerschaft ausgebaut.

Insgesamt läuft die Entwicklung zurzeit eher in Richtung Ertragsorientierung. Soll die Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt gerückt werden, muss dringend politisch nachgesteuert werden.

Renten, Altersarmut und Arbeiten im Alter

Kinder und ältere Menschen sind von Armut besonders betroffen, aber es sind auch immer mehr ganze Familien, die unter Armut leiden.

Wir brauchen gute Löhne und ein den Lebensstandard sicherndes Rentenniveau, um Altersarmut zu verhindern. Langjährig Versicherte dürfen im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sein. Wer länger arbeiten möchte, muss das können, dafür brauchen wir einen flexiblen Renteneintritt mit einem Weiterbeschäftigungsrecht. Voraussetzung dafür ist, dass die Arbeitsbedingungen niemanden auf

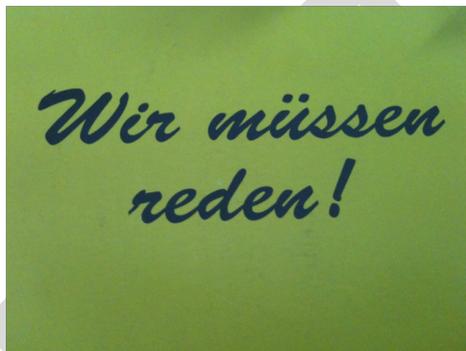
Dauer zu sehr belasten dürfen. Es kann nicht sein, dass erfahrene Pfleger*innen den Job wechseln oder früh in Rente gehen, weil sie mental und körperlich ausgelaugt sind. Digitalisierung, Robotik und Schulungsangebote müssen verstärkt eingesetzt werden, um Arbeitsabläufe zu erleichtern oder alternative Arbeitsfelder zu finden.

Wir brauchen endlich gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, um den Gender-Pay-Gap und den damit verbundenen Gender-Pension-Gap, also das Auseinanderklaffen von Gehalt und Rente bei Männern und Frauen, zu verhindern. Gleichstellung ist nicht nur ein Gerechtigkeitsthema, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur individuellen Absicherung durch eine auskömmliche Rente. Eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Einwanderung von Arbeitskräften helfen, das Rentenniveau langfristig abzusichern.

Auch die Frage, ob Arbeitgeber verpflichtet werden sollten, eine betriebliche Altersversorgung anzubieten, finden wir diskussionswürdig. Dafür könnte z.B. ein Bürgerfonds eingesetzt werden, der kleine und mittlere Unternehmen unterstützt.

Sexualität im Alter

In vielen Lebensbereichen von alten Menschen, vor allem in Pflegeeinrichtungen, ist das Thema Sexualität tabuisiert. „In unserer aufgeklärten Zeit scheint der Umgang mit Sexualität zur Normalität zu



gehören, vergangen sind die Zeiten, in denen es als unanständig galt, über Lust, Erotik, sexuelles Verlangen und sexuelle Störungen zu sprechen. Gleichzeitig ist Sexualität eine Thematik, die besonders von Betreuenden in der Pflege alter Menschen nach wie vor übergangen und vermieden wird.“ (Dorothea Meudt, Dipl.

Berufspädagogin für Pflege, Vortrag beim Frankfurter Netzwerk Ethik). Es ist eine wichtige Aufgabe, das Thema Sexualität im

Alter aus der immer noch vorhandenen Tabuzone im Alltag, aber auch im Bereich der unterschiedlichen Wohnbetreuungen für alte Menschen zu befreien.

Teilhabe – verbrieftes Recht oder gnädige Geste?

Die BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.) hat 2021 eine Publikation veröffentlicht, in der die kommunale Altenarbeit verglichen wurde. Darin wird u.a. festgestellt, dass sich in den Kommunen, Kiezen und Stadtteilen nur selten Grundstrukturen finden, die alten Menschen Möglichkeiten und Angebote zur Teilhabe bieten.

Dabei findet sich dieser Anspruch im § 71 SGB XII eindeutig wieder. Es geht darum, Strukturen aufzubauen, die das Engagement und die Selbstbestimmung alter Menschen fördern und auf der Grundlage einer sozialräumlich definierten Sozialplanung unter Beteiligung alter Menschen geschaffen werden.

Unter uns und mitten drin, alt in der Familie



Um auch im Alter in der Familie oder im eigenen Zuhause leben zu können, benötigen viele Menschen Unterstützung. Wir können als Gesellschaft Unterstützung leisten, um alten Menschen ein gutes Leben innerhalb ihrer Familie zu ermöglichen. Allerdings müsste sich dafür einiges im Bereich der Architektur, der Stadtplanung und der sozialen Gemeindeförderung ändern.

Viele Großeltern kümmern sich häufig und intensiv um Ihre Enkelkinder. Sie sind damit eine wichtige Hilfe für die Eltern, die in der Zeit zwischen ihrem 30. und 50. Lebensjahr nicht nur ihre Kinder bekommen und erziehen, sondern auch noch ihre beruflichen Karrieren fortsetzen, einen Haushalt führen und ihre Partnerschaften pflegen müssen.

Die Großelterngeneration hat erheblichen Anteil daran, dass Eltern aktiv am Arbeitsleben teilnehmen können. Eine gesellschaftliche Wertschätzung dieser Arbeit wäre dringend erforderlich, z.B. durch entsprechende Aufenthaltsmöglichkeiten und Angebote in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, mehr Toiletten im öffentlichen Raum, gute Verkehrsmittel, aber auch in Form von generationenübergreifenden Spiel- und Ruheplätzen.

Es braucht in diesem Bereich deutlich mehr Angebote und Konzepte, um Überlastungen auf beiden Seiten zu vermeiden. Eine Erweiterung der Regelungen zur Betreuung von Kindern, die eine Entschädigung des Aufwandes für regelmäßige großelterliche Enkelbetreuung (z.B. die Ehrenamtskarte) und auch für pflegende Angehörige vorsieht, wäre eine mögliche Maßnahme.

Verkehr

Bus und Bahn sind vielerorts kaum altengerecht. Die wenigen Sekunden der Grünphasen an Ampeln, eingestellte Buslinien, der Ausfall von Zügen und häufiger Schienenersatzverkehr sind allgegenwärtige Beispiele. Die abendliche Taktung von Buslinien macht es alten Menschen schwer, am Abend Aktivitäten nachzugehen, wenn die finanziellen Möglichkeiten für ein Taxi nicht vorhanden sind. Aber auch insgesamt befinden sich durch den zunehmenden Verkehr und die nicht miteinander kompatiblen Straßen, Rad- und Fußwege viele Verkehrsteilnehmer*innen zu oft auf unsicherem Terrain.

Die Unterstützung, die durch die Nutzung von E-Bikes für viele ältere Menschen sehr willkommen ist, stellt auf der anderen Seite auch eine Gefährdung für sie dar. Nicht geübte Radfahrer*innen, die nun mit Hilfe des E-Bikes erstmals auf das Rad umsteigen und auch größere Strecken und herausfordernde Touren bewältigen können, überschätzen ihre Fähigkeiten und unterschätzen die Gefahren des



Radverkehrs häufig. Das bringt erhebliche Gefahren mit sich. Wie internationale Studien zeigen, ist allerdings das Alter allein kein erhöhtes Unfallrisiko. Das ändert sich jedoch, wenn krankheitsbedingte Einbußen der Leistungsfähigkeit nicht mehr durch eine entsprechende Anpassung des Verhaltens kompensiert werden können.

Auch für ältere Menschen sind sichere und intakte Radwege flächendeckend erforderlich. Die Hektik und die Gefahren durch die bedingungslose Priorität von Kraftfahrzeugen auf den Straßen muss ein Ende haben.

Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Grund und Boden sind Allgemeingut und müssen sozial gerecht verteilt werden. Neben hochpreisigem Wohnraum muss auch solcher für Menschen entstehen, die nicht über unbegrenzte finanzielle Mittel verfügen. Viele alte Menschen geraten aus ganz unterschiedlichen Gründen in schwierige Wohnsituationen. Armut, der Wegzug von Kindern oder Scheidungen sind nur einige Gründe. Es ist eine wichtige Aufgabe der Politik, hier unterstützend und regelnd einzugreifen.

Zu teure Wohnungen sind ein häufiger Grund für Altersarmut. Dringend müssen mehr bezahlbare und barrierearme Wohnungen, Konzepte für Altenwohngemeinschaften, neue Wohnmodelle, Mehrgenerationenwohnen und für Wohnungstausche geschaffen werden.

In einer immer anonymen werdenden Wohnumgebung ist eine unterstützende und sich kümmernde Nachbarschaft immer seltener. Architekt*innen, Wohnbauämter und Bauherren und -damen wollen vor allem günstig und gewinnbringend bauen.

Dabei gibt es längst gute Beispiele, wie eine gute Nachbarschaft im Rahmen von Bauplanungen gefördert werden kann. Kiezblocks wie in Barcelona, Clusterwohnen wie u.a. in Berlin und viele andere innovative Bauformen beziehen Nachbarschaft, Kinder und alte Menschen schon bei der Planung mit ein.

Zusammenhalt



Niedrigschwellige Orte, um sich in der Freizeit zu treffen, Bänke auf Gehwegen, an Plätzen und in Parks oder auch z.B. ein kleiner Kiosk haben gemeinsam, dass sie Erfolgsfaktoren sein können, damit Menschen in den unterschiedlichen Lebenssituationen sich begegnen, kennenlernen und ins Gespräch kommen. Das wiederum ist ein gutes Mittel gegen Einsamkeit und Depressionen.

Die derzeitige Baukultur achtet aber wenig auf solche einfachen und doch so wichtige Details. Deshalb ist es wichtig und sinnvoll, solche Begegnungsorte bei der Bauplanung mitzudenken.

Unsere Anliegen in Stichpunkten

- **Altengerechte Kampagnen**, analog zu denen der Grünen Jugend, von denen sich ältere Menschen angesprochen fühlen, die sie motivieren sich zu engagieren und für ihre Ziele einzutreten.
- Kampagnen und Unterstützung, um „**Age-friendly Cities**“ in noch mehr Städten und Gemeinden aufzubauen und damit die Herausforderungen einer altersfreundlichen, also für jedes Alter freundlichen und gerechten Stadt, besser bewältigen zu können. Derzeit ist das WHO Projekt viel zu wenig bekannt und kann deshalb nicht als Inspiration für Ämter, Investor*innen und Architekt*innen dienen.
- Mehr Beachtung für die **kommunale Altenpolitik im ländlichen Raum** und die Bedarfe der dort lebenden älteren Generation.
- **Anstrengungen für mehr Anerkennung und finanzielle Entschädigung des ehrenamtlichen Engagements** von alten Menschen.
- Mehr **Beteiligungsmöglichkeiten für die ältere Generation am öffentlichen Leben und am Politikgeschehen**. Eine prioritäre Behandlung und Erfüllung des §71 SGB XII ist notwendig: Ziele des § 71 SGB XII in den Kommunen und Städten fördern und mit Hilfe von **Beiräten, Bürgerräten, Seniorenvertretungen** und anderen partizipativen Methoden eine stärkere Teilhabe von älteren und alten Menschen an gesellschaftlichen Prozessen erreichen.
- Mehr und attraktivere Kurs-Angebote für alte Menschen zum Thema **digitale Medien**.
- Die Ergebnisse der Forschungen und z.B. des Kompetenznetzwerks zum **Thema Einsamkeit** sind bisher noch nicht ausreichend bekannt. Derzeit werden Konzepte zur Umsetzung erarbeitet und in die kommunalen Verwaltungen eingebracht. Einsamkeit und ihre Folgen für Alt und Jung müssen in der Verwaltung und in der Politik aktiv angegangen werden.
- Aufmerksamkeit der Politik für das Thema **Altersarmut** schärfen.
- In Krankenhäusern, Praxen und anderen **Einrichtungen des Gesundheitswesens müssen** interne Abläufe stärker die Belange und Bedürfnisse alter Menschen berücksichtigen.
- Die **Behandlungsbelange der Gerontologie müssen** bei der Krankenhausplanung stärker berücksichtigt werden.

- Der demographische Wandel erfordert einen **Ausbau der ambulanten und stationären gerontologischen Versorgung** und ein Umdenken in Fragen der Priorität von Behandlungen für alte Menschen.
- **Die Bedingungen in der ambulanten und der stationären Pflege** sind so zu verbessern, dass ausreichend Zeit, Mittel und Organisationsstrukturen zur Verfügung stehen, um eine altersgerechte und respektvolle Pflege sicherzustellen.
Dies erfordert auch einen intensiveren Blick auf die spezialisierte Versorgung, mit der alte Menschen **psychosoziale Unterstützung in Krisen** erhalten.
Wichtig ist zudem die Schaffung eines Gegengewichts zur zunehmend ertragsorientierten Versorgung von Pflegebedürftigen, um den **Einstieg von Finanzinvestoren in der Pflege zurückzudrängen** bzw. zu verhindern.
- Flächendeckende **Kontaktmöglichkeiten für ältere Menschen, die der LGBTQ-Community** angehören.
- Verbesserungen im **öffentlichen Nahverkehr** umsetzen, um für alte Menschen, Kinder und auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität geeignete und sichere Verkehrswege zu schaffen. Fahrradwege und Fußgängerwege müssen so kombiniert werden, dass sie für alte Menschen und Kinder weniger Gefahren bergen.
- **Sicherstellung der Mobilität** für alte Menschen in der Stadt und auf dem Land, die ihnen eine flexible und angstfreie Gestaltung ihres Alltags garantiert.
- **Verlängerte Ampelschaltungen**, damit alte Menschen, Menschen mit Behinderungen und Kinder die Straßen in Ruhe überqueren können.
- Schaffung einer **vielfältigen Kunst- und Kulturlandschaft** – öffentliche wie auch freie Kulturangebote - mit angemessenen Rahmenbedingungen und unterschiedlichen Niveaus, so dass sie den Menschen auch im Alter und bei unterschiedlichen Lebensbedingungen zur Verfügung steht.
- Sicherstellung einer **auskömmlichen Rente** im Alter.
- Neue, flexible Regelungen zum Renteneintrittsalter, damit alte Menschen auch **nach Eintritt ins Rentenalter weiterarbeiten** können.
- Zu einem **Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde**. Dazu bedarf es der Förderung einer sensibel geführten gesellschaftlichen Diskussion über das Sterben als einem Teil des Lebens sowie einer **bedarfsgerechten Palliativversorgung** und eine **Erhöhung der Anzahl von Hospizplätzen**, die auf die Bedürfnisse der Sterbenden eingestellt sind.

- Es müssen **zukunftsfähige, baupolitische Konzepte für sichere alten- und kinderfreundliche Umgebungen** geschaffen werden, die es alten Menschen einfacher machen, sich mit ihren Enkeln und Enkelinnen dort aufzuhalten und eine gute gemeinsame Zeit zu verbringen.
- Förderung von **generationenübergreifenden Wohnprojekten**
- Schaffung von mehr **altengerechtem, sozialem Wohnraum**
- **Ausbau der Förderung von barrierefreier Wohnraumumgestaltung**

ENTWURF

Unsere Vision eines Bundesverbands

Unser Weg hin zu einer Teilorganisation von Bündnis 90/Die Grünen

Unser Plan für das weitere Vorgehen ist es, dass der Verein „Grüne Alte“ Ende des Jahres 2023 als neuer Bundesverband in allen Bundesländern sowohl auf der Landesebene (Landesgeschäftsstelle) als auch in den Städten (Kreisverbände) und den Kommunen (Kreisverbände) vertreten ist.

Derzeit finden sich bereits in vielen Bundesländern Verbände, die Grüne Politik für ältere Menschen gestalten wollen. Sie gründen sich in unterschiedlichen Organisationsformen als LAG, als Silbergrüne, als selbständige politische Organisation „Grüne Alte“ oder Grüne 60plus.

Wir möchten als Grüne Alte derzeit keine Struktur vorgeben. Die bereits gegründeten Gruppen, seien es offene Gruppen, LAGen oder andere Organisationsformen, nehmen wir sehr gerne mit, so wie sie sind. Und je mehr wir zusammenarbeiten, umso mehr wird sich zeigen, wo die Vorteile und die Nachteile der unterschiedlichen Organisationsformen liegen. Ob es dann in der Zukunft ein einheitliches Konzept für die Länder auf der Basis eines best practice-Beispiels gibt, werden wir sehen.

Was die Bundesebene betrifft, so sind wir als außenstehender, selbständiger Verein organisiert. Aus den Grünen Alten soll mittelfristig ein Bundesverband als Teilorganisation der Partei werden. Mit dem Bundesvorstand sind wir derzeit in sehr konstruktiven Gesprächen, wie eine Integration der Grünen Alten in die Partei erfolgen soll. Der Prozess soll im Laufe des Jahres 2023 abgeschlossen sein. Die Namensgebung ist nicht abschließend geklärt. Die Vorschläge für den neuen Namen sind vielfältig.

Auf unserer Homepage finden sich jeweils aktuelle Informationen: www.gruenealte.de

Über einen Zuwachs an Menschen die sich für das Thema Leben im Alter interessieren freuen wir uns! Viele Mitglieder bedeutet immer auch viele Expert*innen für die vielen Bereiche die wir bearbeiten wollen. Mitglied bei den Grünen muss man/frau nicht sein, um bei den Grünen Alten Mitglied zu werden. Eine Mitgliedschaft bei den Grünen Alten kostet 30 € im Jahr.

Und hier ist der Ort für regionale Mitteilungen/Statements aus den Ländern.

ENTWURF